

Presseerklärung

Marburg, den 28. Juli 2005

Vietnamesische Zustände

**Anhörungen mit vietnamesischer Delegation in Mühlheim am Main
Quasi-exterritoriale Zone geschaffen
Rechtsbeistände nicht zugelassen**

Was die Außerparlamentarischen Opposition 1968 zwar als Ziel postulierte, doch nicht erreichte, nämlich in Deutschland vietnamesische Zustände zu schaffen, holen das Regierungspräsidium Darmstadt und die Polizei des Bundes jetzt nach: Seit letzter Woche finden in Mühlheim am Main auf ihre Veranlassung hin unter zweifelhaften rechtlichen Umständen Anhörungen zur Identitätsfeststellung mit einer Delegation des vietnamesischen Innenministeriums statt. Dabei werden (vermeintlich) vietnamesische Staatsangehörige, deren Identität unklar ist, aus dem ganzen Bundesgebiet nach Mühlheim gefahren und dort von den vietnamesischen Beamten befragt. Ziel der Aktion ist es, den Betroffenen Ausweispapiere zu besorgen, um sie abschieben zu können.

Allerdings ist der Rahmen, in dem diese Anhörungen stattfinden, mehr als dubios: So ist weder geklärt, wie die genaue Zusammensetzung dieser Delegation ist noch wie der genaue Inhalt der Befragungen aussieht. Die Betroffenen, auch Familien mit Kleinkindern, werden früh morgens zu den zuständigen Ausländerbehörden bestellt und dann mit Bussen nach Mühlheim gefahren, die genaue Zieladresse bekommen sie nicht mitgeteilt. Am gravierendsten jedoch ist, dass zu den Anhörungen weder Begleitpersonen noch Anwälte zugelassen sind und die Betroffenen auch keine Anhörungsprotokolle ausgehändigt bekommen.

Das Regierungspräsidium Darmstadt teilte diesbezüglich lediglich mit, die Anhörungen lägen in Verantwortung der vietnamesischen Delegation, daher würden deutsche Verwaltungsverfahrensvorschriften keine Anwendung finden. Die „Rahmenbedingungen“ entsprächen allerdings rechtsstaatlichen Grundsätzen.

„Ein solches Verfahren entspricht keinesfalls rechtsstaatlichen Grundsätzen“ kommentierte Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrates, das Vorgehen der Behörden. „Man kann nicht einfach ein Gebiet mitten in Deutschland kurzfristig unter vietnamesische Verwaltung stellen und deutsche Rechtsvorschriften außen vor lassen“. Damit würde quasi eine exterritoriale Zone in Mühlheim geschaffen, was vom RP Darmstadt jedoch bestritten wird.

Sehr kritisch ist auch zu bewerten, dass nicht klar ist, was für Informationen während der Anhörungen abgefragt werden noch welche Informationen die vietnamesischen Behörden von deutscher Seite ausgehändigt bekommen haben. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Anhörungen nicht dazu benutzt werden, die vietnamesische Exilgemeinde zu durchleuchten.

Dem Hessischen Flüchtlingsrat sind auch Fälle von vergangenen Anhörungen mit vietnamesischen Delegationen bekannt, in denen die Betroffenen derart intensiv von Geheimdienstmitarbeitern verhört wurden, dass sie danach Asyl zugesprochen bekamen.

Vor Kurzem erst machte eine ähnlich dubiose Delegation aus Guinea Schlagzeilen, die unter ähnlichen Umständen in Hamburg Anhörungen durchführte. Laut einer kleinen Anfrage der GAL an den Senat der Hansestadt Hamburg waren zu diesen Anhörungen jedoch zumindest Anwälte und Begleitpersonen zugelassen.

Gez. Timmo Scherenberg,
Geschäftsführer Hessischer Flüchtlingsrat

Für weitere Informationen:

06421 / 16 69 02 (Büro)

0176 / 20 50 69 51 (Mobil)